

Money, Money und Mini-Bots

Parallelwährung: Italien spielt mit der Idee, den Euro im Binnenmarkt zu umgehen

DIRK MEYER

Die italienische Regierung hat wieder einmal Ärger mit der EU-Kommission wegen ihres Haushaltsdefizits. Für das nächste Jahr droht ein Defizit von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sollte die Regierung die Wünsche des Lega-Chefs Matteo Salvini einer Steuererleichterung (30 Milliarden Euro) und die Rücknahme einer bereits beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung (23 Milliarden Euro) umsetzen. Schon dieses Jahr belasten die Absenkung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre und das Bürgergeld mehr als geplant. Das drohende Defizitverfahren gleicht einer Farce. Mögliche Strafzahlungen könnten erst am Ende eines langwierigen, aus 17 Schritten bestehenden Prozesses stehen. Doch der Regierung geht es um Grundsätzliches – eine Aufhebung der EU-Schuldengrenze und eine Neuausrichtung hin zu kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen, den Zugriff auf EU-finanzierte Investitionsfonds sowie eine Kollektivhaftung für aufgenommene Schulden. Als Drohkulisse dient die Einführung einer Euro-Zweitwährung, die Mini-Bots.

Staatschuld-papiere, die leicht zu inflationieren sind

Der Begriff Mini-Bots leitet sich aus BOTs (Buoni del Tesoro) her. Dies sind Staatschuld-papiere mit kurzer Laufzeit. Ende Mai 2019 beschloß das italienische Abgeordnetenhaus einstimmig eine Resolution, die eine Begleichung von Lieferantenrechnungen des Staates nicht nur in Euro, sondern auch in Mini-Bots möglich macht. Offene Staatsrechnungen von circa 50 Milliarden Euro, entsprechend drei Prozent/BIP, machen

der Wirtschaft zu schaffen. Es wäre ein Regierungsgeld nach dem Muster einer monetären Staatsfinanzierung. Je nach Ausstoß der Notenpresse würde der Mini-Bots gegenüber dem EU-Euro abwerten. Er würde zum Euro zweiter Klasse. In kleiner Stückelung zu fünf bis 500 Euro geplant, würde ein paralleler Geldkreislauf zum EU-Euro entstehen. Die Anerkennung als Zahlungsmittel müßte nicht auf Zahlungen zwischen Bürger und Staat beschränkt bleiben. Ein italienisches Währungsgesetz könnte die Mini-Bots zum generellen Zahlungsmittel im Inland erheben.

Mit Dollar und Bitcoin darf auch gezahlt werden

Italien hätte dann zwei Währungen: Als Vertrags- und Zahlungswährung würden die Mini-Bots für die alltäglichen Geschäfte vorherrschen. Bei Krediten und langfristigen Verträgen mit wiederholten Leistungs- und Zahlungsvorgängen (Löhne, Mieten, Abos) sowie bei Lebensversicherungen und Sparverträgen würde als Vertragswährung vermutlich der Euro gewählt, um Wertverluste eines inflationierenden Mini-Bots auszuschließen. Jedoch ist der Gebrauch zweier Währungen umständlich. Deshalb könnte als Zahlungsmittel auch bei langfristig angelegten Verträgen weiterhin der zum tagesaktuellen Euro-Kurs umgerechnete Mini-Bots dienen. Die Vertragswährung Euro würde eine Entwertung des Mini-Bots bei seiner gleichzeitigen Nutzung als Zahlungsmittel umgehen. Bei Verträgen mit dem Ausland dürften Mini-Bots hingegen keine Verwendung finden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) erkennt hierin einen Rechtsbruch. So sind die „von der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten (...) die

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ZUMAPRESS.COM



Matteo Salvini, Chef der italienischen Regierungspartei Lega: Versprach Wählern Steuererleichterungen

einzigsten Banknoten, die in der Union als gesetzliches Zahlungsmittel gelten“. Dem stehen zwei Sachverhalte entgegen. Mini-Bots könnten als einfaches Zahlungsmittel dienen, ohne gesetzlichen Anspruch auf Akzeptanz. Schließlich sind auf Bitcoin oder US-Dollar lautende Verträge in der EU auch gültig. Außerdem handelt es sich nicht um Geld einer Zentralbank, sondern um

staatliche Schuldscheine der Regierung. Unverzinst und ohne Ablaufdatum kommen sie dem Papiergeld allerdings gleich. Insofern müßten sie den Staatsschulden in Höhe von 132 Prozent/BIP zugerechnet werden, die auf dann 135 Prozent/BIP hochschnellen würden.

Parallelwährungen werden relevant, wenn entweder das gesetzliche (Kredit-) Geld zu knapp wird (Kreditklemme) oder

aber zu reichlich vorhanden ist (Hyperinflation). Beispiele einer staatlichen Kreditklemme sind der zum Höhepunkt der griechischen Staatsschuldenkrise 2015 diskutierte „Geuro“ oder der 2009 infolge der kalifornischen Finanzkrise kurzzeitig vom US-Bundesstaat herausgegebene IOU (I owe you – ich schulde dir). Im Gegensatz zu diesem Notgeld hat Italien aktuell keine Liquiditätsprobleme. Dies liegt zum einen an dem EZB-Staatsanleiheankaufprogramm. Zum anderen vertraut der Kapitalmarkt auf eine weitere Euro-Rettung – die aufgrund der Größe Italiens kaum gelingen dürfte. Deshalb dienen die Mini-Bots als Druckmittel für eine weitgehende Reform des EU-Vertrages in Richtung einer Haftungs-/Transferunion. Auch die Unabhängigkeit der EZB steht zur Disposition. Bei einem Scheitern dieses Vorhabens könnte der Austritt aus der Währungsunion eingeleitet werden – mit unabsehbaren Konsequenzen für die Eurozone und die EU.

Mini-Bots steigern das Erpressungspotential

Es drohen dann erhebliche ökonomische Verwerfungen. Da eine Abwertung der Mini-Bots die Rückzahlung der Staatsschulden langfristig unmöglich machen dürfte, würden die Kurse italienischer (Staats-)Anleihen sofort einbrechen. Bei Staatsschulden von derzeit etwa 2,3 Billionen Euro halten inländische Banken und Versicherungen mit circa 860 Milliarden Euro 48 Prozent der italienischen Staatsanleihen mit einer Laufzeit von über einem Jahr.

Fallende Kurse würden eine Bankenkrise auslösen, die aufgrund von Verflechtungen auf ganz Europa übergreifen würde. Schließlich würde der bevorstehende Austritt und ein drohender Zusammenbruch des italienischen Bankensystems zu einem Bank Run führen. Barabhebungen und Kapitalflucht ließen den italienischen TARGET-Saldo weiter ansteigen, weshalb die Eurozone zum eigenen Schutz Kapitalverkehrskontrollen einleiten müßte. Um das Erpressungspotential einzugrenzen, müßte die Eurozone bereits heute Vorkehrungen für ein möglichst geordnetes Austrittsverfahren schaffen – doch gilt der Verbleib im Euro weiterhin als alternativlos.

Abmahnungen: DUH siegt in Karlsruhe

KARLSRUHE. Die massenhaften Abmahnungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) sind rechtmäßig. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat am Donnerstag vergangener Woche festgestellt, daß es keine Anhaltspunkte für rechtsmißbräuchliches Verhalten gebe. Ein Autohändler, der dem gemeinnützigen Verein unzulässiges Profitstreben und Querfinanzierungen nachzuweisen suchte, hatte eine Abmahnung durch die DUH bis vor das höchste deutsche Gericht gebracht. Da sich die DUH aber nur zu einem Viertel aus den Abmahnungen finanziere, erkannte das Gericht darin keine Profitabsicht. Gerade bei häufig vorkommenden Verstößen sei Verbraucherschutz nur durch eine Vielzahl von Abmahnungen zu gewährleisten, heißt es im Urteil. Die Gewinne allein belegten einen Mißbrauch nicht. Sonst wäre die DUH gezwungen, „ihre Marktüberwachung nach einer bestimmten Anzahl von Abmahnungen oder erwirkter Vertragsstrafen einzustellen, sobald sie ihre darauf entfallenen Kosten gedeckt hätte“. Nach eigenen Angaben mahnt die Umwelthilfe jede Woche etwa 30 Verstöße ab und führt rund 400 Gerichtsverfahren im Jahr. Daraus erzielte die DUH 2017 knapp 2,2 Millionen Euro Erlös. (mp)

■ Kommentar Seite 2

Zahl der Woche

2062 Satelliten fliegen

um die Erde. Allein 901 der erdumkreisenden Objekte betreiben die USA. 299 sind im Namen Chinas unterwegs. 263 fliegen für europäische Nationen, 39 davon für Deutschland. 2019 sollen weltweit 342 aufsteigen.

(Quelle: Union of Concerned Scientists)

Forschungsministerin steht unter Strom

Batterieforschungszentrum in Münster: War der Wahlkreis näher als die Wahrheit?

PAUL LEONHARD

Die Bundesregierung hat den vom politisch angeordneten Strukturwandel besonders betroffenen Regionen in Sachsen und Brandenburg die Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen im Bereich neuer Technologien versprochen. Das deutsche Batterieforschungszentrum entsteht aber nicht in der Lausitz, sondern im westfälischen Münster.

Proteste gegen diese Entscheidung von Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) kommen aber nicht nur aus den neuen Bundesländern, sondern auch aus Süddeutschland. Schließlich hatte sich Bayern mit Augsburg und Baden-Württemberg mit Ulm um den Zuschlag beworben. „Mit der Entscheidung für Münster, die wohl einen langwierigen Aufbau neuer Strukturen nach sich zieht, wird wertvolle Zeit im Wettlauf gegen Deutschlands Wettbewerber verloren“, schreiben die Ministerpräsidenten von Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Deutschland könne es sich nicht erlauben, die Potentiale an den Standorten Ulm, Augsburg und Salzgitter ungenutzt zu lassen. Die Ministerpräsidenten forderten Merkel auf, die Entscheidung zu prüfen.

Münster müsse als Forschungsstandort keinen Vergleich scheuen, sagte dagegen der Sprecher der örtlichen SPD, Bernhard Daldrup. Es sei befremdlich, wenn Kritik

aus dem Süden laut werde, wenn Standortentscheidungen nicht zugunsten von Bayern oder Baden-Württemberg getroffen werden. Daß sich die ostdeutschen Länder benachteiligt sähen, weil viele Vergabe bisher in den Stüden gingen, verstehe er dagegen.

Das überzeugendste Konzept für die Batterieproduktionsforschung habe Münster vorgelegt, verteidigt sich Karliczek. Die Entscheidung habe nichts mit der Nähe ihres Wahlkreises zu tun. Genau das werfen die Kritiker der in Ibbenbüren nahe Münster lebenden Politikerin vor. Auch im Brief der Ministerpräsidenten klingt an, daß nicht nur forschungs- und innovationspolitische Gesichtspunkte von Bedeutung gewesen seien. Überdies hatte die Auswahlkommission wie die Vertreter der Industrie und der Fraunhofer-Gesellschaft – diese wird für Aufbau und Betrieb der Forschungsfabrik zuständig sein – Ulm, Salzgitter und Augsburg an der Spitze des Bewerberfeldes gesehen.

Experten sprachen sich für Süddeutschland aus

„Was hat ein solches Votum von Experten für eine Bedeutung, wenn dann doch freihändig entschieden wird? Das stärkt nicht das Vertrauen in die Politik“, kritisierte Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Karliczek verteidigte sich: Sie selbst habe sich weitgehend herausgehalten, die Fachleute ihres Ministeriums schätzten,

daß Münster am besten geeignet sei. Im übrigen gehe es darum, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit bei der Batterieentwicklung zu erhalten. Das Konzept aus Münster habe auch deswegen überzeugt, weil es das Recycling der produzierten Batterien mit einschließe. Hintergrund ist, daß die künftige Forschungsfabrik eine Million Batterien produzieren wird, die zwar zu Forschungszwecken abgegeben, aber nicht verkauft werden dürfen.

Die CDU-Politikerin versucht derzeit die Wogen zu glätten, indem sie die 500 Millionen Euro teure Investition des Bundes in Münster und die dort entstehenden 200 bis 300 neuen Arbeitsplätze als „nationale Anstrengung“ darstellt, die „alle Bewerber einschließe“.

Auch NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart betonte, daß man „eine Forschungsfabrik für ganz Deutschland sein“ wolle: „Wir würden uns freuen, wenn wir unsere Mitbewerber für Kooperationen gewinnen können, um gemeinsam die besten Ideen zu verwirklichen.“ Die Mitbewerber Ulm, Augsburg und Salzgitter sollen „Standorte für einzelne Aspekte der Forschung“ werden. Keine Rolle spielte offenbar das sächsische Großröhrsdorf bei Dresden, das von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam favorisiert worden war.

Daß die östlichen Kohleländer bei dem Deal komplett außen vor geblieben sind, wird in diesen als deutliches Signal auch für ausländische Investoren gewertet, die dabei sein wollen, wenn in Deutschland Voraussetzungen für die Herstellung eigener Batteriezellen im großen Maßstab geschaffen werden, die Europa vom chinesischen Markt unabhängig machen sollen.

Die Bundesregierung, die sich erst dazu bekannt hatte, Zukunftsinstitute in den neuen Ländern anzusiedeln, grenze den Osten bewußt aus und sei wortbrüchig geworden, sagte der Thüringer SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Schneider. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) erinnerte an die Aussage Karliczek, daß der Osten „kein Internet an jeder Milchkanne“ bräuchte und mahnte, die Bundesministerin sollte sich „um mehr kümmern, als nur um ihren Wahlkreis“.

ANZEIGE

Wir freuen uns, die

Ludwig von Mises Institut Deutschland Konferenz 2019

anzukündigen:

„Logik versus Emotion. Warum die Welt so ist, wie sie ist“

Samstag, 19. Oktober 2019
10 Uhr bis 18 Uhr
im Hotel „Bayerischer Hof“, München

- Mit Beiträgen von:
- Raymond Unger**
Maler und Autor

Generation „Babyboomer“: Warum das transgenerationale Kriegstrauma die deutsche Gesellschaft spaltet

Professor Dr. Rolf W. Puster
Universität Hamburg

Die doppelt misshandelte Wahrheit. Ein Röntgenbild des politischen Diskurses
 - Professor Dr. Antony P. Mueller**
Universidade Federal de Sergipe Brasilien

Revolution auf Samtpfoten: Wie der Marxismus seinen Herrschaftsanspruch durchsetzt

Professor Dr. Philipp Bagus
Universidad Rey Juan Carlos, Madrid

Demokratischer Sozialismus: Dieses Mal wird alles anders
 - Professor Dr. Thorsten Polleit**
Universität Bayreuth
Ludwig von Mises Institut Deutschland

Die antikapitalistische Mentalität. Ein Psychogramm

Wir würden uns freuen, Sie zur 7. Konferenz des „Ludwig von Mises Institut Deutschland“ begrüßen zu können.



Thorsten Polleit
Präsident

Andreas Marquart
Vorstand

Ludwig von Mises Institut Deutschland e. V.

Infos und Anmeldungen: www.misesde.org/konferenz2019



Batterieforschungszentrum in Münster: Energiezellen werden unter Ausschluss von Sauerstoff und Feuchtigkeit getestet